

TOP 12

Gremium	Termin	Status
Ortsbeirat Gartenstadt	23.02.2022	öffentlich

**Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Ladenzeile Niederfeld**

Vorlage Nr.: 20224652

Stellungnahme Bereich Tiefbau

Mit dem Ortsbeirat wurden in der Vergangenheit mehrfach Maßnahmen zur städtebaulichen Aufwertung der Ladezeile diskutiert.

Die diskutierten Maßnahmen sollen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen realisiert werden und müssen daher im Rahmen des städtischen Haushaltes aus den Ansätzen für den Straßenbau finanziert werden.

Eine Finanzierung der Maßnahmen

- Neumöblierung des Platzes durch Sitzmöbel
- Gestaltung des Platzes mit Spielpunkten
- Herstellung eines Schachfeldes
- Aufstellung von urban gardening
- Rückbau der Parkplätze entlang eines Grünstreifens

mit Mitteln aus dem zu 80 % aus Straßenausbaubeiträgen finanzierten Straßenausbauprogramm ist nicht möglich, da es sich bei den genannten Maßnahmen nicht um Straßenbaumaßnahmen handelt. Die Umsetzung der Maßnahmen muss daher zu 100% allein aus städtischen Mitteln finanziert werden.

Vor dem Hintergrund, dass der städtische Haushalt defizitär ist und für das Jahr 2022 noch nicht genehmigt wurde, besteht derzeit die Forderung der ADD auf zusätzliche Einsparungen.

Damit können grundsätzlich nur Maßnahmen finanziert werden, deren Unabweisbarkeit nachgewiesen werden kann. Dieser Nachweis setzt voraus, dass diese Maßnahmen der Beseitigung gefahrdrohender Zustände und somit zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und gefahrlosen Funktionsfähigkeit der verkehrlichen Anlage zwingend erforderlich sind. Diese Forderung wird von den zuvor genannten Maßnahmen nicht erfüllt. Die genannten Maßnahmen sind zwar städtebaulich wünschenswert, der Nachweis der Unabweisbarkeit kann leider nicht geführt werden.

Lediglich der Einbau von Gehwegvorsprüngen in die Fahrbahn der Niederfeldstraße zur Verbesserung der Sicherheit bei der Querung der Fahrbahn kann mit der Verbesserung der Verkehrssicherheit begründet werden. Eine Finanzierung dieser Maßnahme im Rahmen des allgemeinen Straßenbaus wäre denkbar. Allerdings sind die hierfür im Jahre 2022 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bereits für dringende Instandsetzungsarbeiten an sanierungsbedürftigen Straßen verplant.

Ein grundsätzliches Problem stellen auch die im Bereich Tiefbau nicht zur Verfügung stehenden Personalressourcen dar, wodurch aktuell kein Personal für die Bearbeitung dieses Projekts zur Verfügung steht. Wir werden die oben beschriebene Maßnahme für 2023 vormerken und umsetzen, sofern nicht andere dringende verkehrssicherheitsrelevante Projekte zu priorisieren sind.